





Inland.

Gajda und sein Ende.

Was geht mit Gajda vor? — Die mysteriöse Erklärung des Verteidigungsministeriums.

Die gestrige Erklärung des Verteidigungsministeriums, Gajda sei auf Urlaub geschickt worden, damit in Ruhe und ohne Nachteil auf den amtlichen Gang in vertraulicher Weise die Aufschuldigungen ermittelt werden könnten...

Man überlege nur, was eigentlich geschehen ist. Der Generalstabschef eines Staates wird plötzlich auf Urlaub geschickt, ohne daß man erfährt, warum...

Und was sagt das Verteidigungsministerium dazu? Es hält sich die längste Zeit in Schweigen und gibt dann eine nichtschlagende Mitteilung heraus...

Man steht da vor einem komplexen Rätsel; man stelle sich vor, im alten Österreich wäre Hörsing unter geheimnisvollen Umständen auf Urlaub gegangen worden... Man sieht da vor einem komplexen Rätsel; man stelle sich vor, im alten Österreich wäre Hörsing unter geheimnisvollen Umständen auf Urlaub gegangen worden...

Sobann und darf es nicht weitergehen. Gajdas bisherige heimliche Spielereien genügen vollkommen, um sein weiteres Verbleiben auf dem Posten des Generalstabschefs unmöglich zu machen...

Die Hitlerbande und die „Münchener Post“.

Die Haltenkreuz-Bandalen zum Ersatz des Schadens verurteilt.

Berlin, 14. Juli. (Eigenbericht.) Am 8. November 1923 wurde das Gebäude der sozialdemokratischen „Münchener Post“ von einem Hitler-Stoßtrupp gestürmt...

wenigstens durch sofortige Isolierung des Generals, daß es den Behörden mit der Aufdeckung des Falles ernst ist...

Der mißlungene Börsenbetrug der Volksparteien.

Noch eine Verhätigung des infamen Schwindelversuches.

Wir haben uns schon wiederholt mit dem aus der Angst und dem Schuldbewußtsein der Deutschbürgerlichen geborenen Versuch dieser Kreise befaßt, durch das Gelingen von der „gevolkten“ Spekulation die Verantwortung für die Preissteigerung von sich abzuwälzen...

Die ganze Angelegenheit ist mir wohl bekannt aus dem ganzen Eigenwalle der internationalen Volksparteipresse, die sich in der lägenhaften Bekämpfung der Arbeiterinstitutionen so krüderlich gefiel...

Auf die Zivillage des Verlages wurden jedoch jetzt 29 Angeklagte, darunter ein Fabrikant und ein Stadtrat, zum Ersatz des Schadens verurteilt...

wo unsere politischen Exponenten im Parlamente hart gekämpft haben und daß ich den christlich-jüdischen internationalen Börsenkonkurrenten zeige, daß es nicht angeht...

Ich bitte diese Mitteilung als Ergänzung Ihrer Nachricht freundlichst zur Kenntnis zu nehmen und zeichne...

Emil Lustig, Direktionsvorsitzender der Großeinlaufs-Gesellschaft der Konsumgenossenschaften in Prag-Korlin, Prag, den 11. Juli 1926.

Wir sind diesem Ersuchen um Abdruck dieses Schreibens um so lieber nachgekommen, als es das Wesen dieser „Christlich-jüdischen internationalen Börsenkonkurrenten“ in aller Deutlichkeit enthält...

Das Außenministerium soll einschreiten.

Bürgermeister Pitten fordert Schutz gegen die ständigen Angriffen in der italienischen Presse.

Die die heutige „Nова Doba“ berichtet, hat der tschechisch-sozialdemokratische Abgeordnete und Bürgermeister von Pitten, Lubel Pitt, an das Außenministerium ein Schreiben gerichtet...

Die Vorgeschichte der italienischen Hetze gegen Pitt, die von der hiesigen nationalen-demokratischen Presse mit besonderer Freude aufgenommen und ausgebeutet wurde, ist bekannt...

Die Hetze der Nationaldemokraten ging aber lustig weiter und erreichte ihren Höhepunkt, als Italien, angeblich wegen der ungenügenden Satisfaktion, die Beteiligung am Sozialkongress ablehnte...

Pitt weist nun in seinem Schreiben darauf hin, daß er nicht als Privatperson, sondern in seiner Eigenschaft als Bürgermeister von Pitten von der italienischen Presse beleidigt angerechnet werde...

Die „Narodni Listy“ setzen auch heute, ohne von diesem Schritt Pitts Kenntnis zu nehmen, ihre Kampagne gegen ihn mit allen Mitteln fort...

Wenn Dr. Kramar den Sowjetvertreter offen brüskiert und mit ihm nicht einmal an einem Tisch sitzen will, wenn die ganze nationale-demokratische Meute dann spaltenlang sich über die „unerhörte Provokation“ entrüstet...

Sowjetrussische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik.

Gen. M. Abramowitsch (Prag) schreibt in einem ausführlichen Artikel der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau u. a.:

Der Leidensweg der russischen Genossenschaften.

Eine Meldung ging neulich durch die russische Presse: „Der Rat der Volkskommissare der Russischen Sozialdemokratischen Sowjetrepublik (Großrussland) hat allen untergeordneten Behörden vorgeschrieben, dafür zu sorgen, daß künftighin jegliche administrative Einmischung in die Tätigkeit der Genossenschaftsorganisationen unterbleibe“...

Wer den Leidensweg der russischen Genossenschaften kennt, der wird sich über den Vorlaut der angeführten Meldung nicht wundern, einen Vorlaut, der auf den europäischen Genossenschaftler geradezu befremdend wirken muß.

Ein allen Schikonen trotzendes Bollwerk der Demokratie und der freiorganisierten gesellschaftlichen Selbsttätigkeit unter dem absolutistischen Jarentegiment, zu einem wahrhaft mächtigen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Faktor während der Kriegsjahre 1914 bis 1917 emporgekommen, wurden die russischen Genossenschaften nach dem bolschewistischen Novemberumsturz zuerst als „Reichsbürgerliches Kommittee“ zertrümmert...

Und nun kam die Rehrseite der unausbleiblichen Auswirkungen einer derartigen Politik zum Vorschein: Die Millionen zwangsweise eingeschriebenen Mitglieder waren nun einmal da, und allein schon Kraft dieses ihres Daseins wuchsen heran und erstarkten die eigenen und eigentlichen Lebensbedürfnisse der russischen Genossenschaften...

- 1. Böhrender Neberformalismus, Bureautarismus und Korruption in allen ihren Formen.
2. Die absolute finanzielle Abhängigkeit der Genossenschaften vom Staat.
3. Fälschung der eigentlichen sozialwirtschaftlichen Funktion (wirtschaftliche Inpotenz) der Genossenschaften.
4. Staatswirtschaftliche Funktion an Stelle der genossenschaftlichen.

Die Folgen dieser zwangsweisen Umstellung der russischen Konsumgenossenschaften waren sehr verhängnisvoll. Das Jahrbuch des Konsumgenossenschaftlichen Hauptorgans („Soyuz Protdobrodej“) Nr. 1, Januar 1926, S. 42) erzählt einiges aus den Ergebnissen einer speziellen amtlichen Untersuchung der Zustände in den Genossenschaften:

„Die Untersuchung hat erwiesen, daß eine innere genossenschaftliche Preis- und Aufschlagkontrolle in vielen Bezirken zwar funktioniert und bisweilen recht intensiv — in den meisten Fällen jedoch dort ungenügend organisiert ist. Auf diesem Gebiete steht uns noch viel Arbeit bevor... Die örtlichen Konsumgenossenschaften haben sehr oft unter der allzu kleinen und nicht genügend elastischen administrativ-amtlichen Preis- und Aufschlagregelung zu leiden — einer Regelung, die bisweilen ohne genügend tätige Mitwirkung der Genossenschaften selbst, und ohne die Interessen des gesamtgenossenschaftlichen Umfages zu berücksichtigen, durchgeführt wird...“

Man könnte der Wunden noch unendlich viele aufzählen, die der bolschewistische Absolutismus den russischen Genossenschaften geschlagen hat. Allein, die bisherigen Ausführungen dürften schon





